



Eine Rente zum Leben

Berlin ist nicht nur die „Hartz IV-Hauptstadt“, sondern bundesweit auch Brennpunkt bei der Altersarmut. Über 34.000 Menschen leben in Berlin, deren Rente zum Leben nicht reicht. Sie sind auf ergänzende Leistungen der Grundsicherung angewiesen. Das heißt, ihre Rente ist geringer als 374 Euro plus Miete.

Auch in meinem Bundestagswahlkreis in Pankow stiegen und steigen die Zahlen. Und eine unbekannte Zahl von Menschen nutzt zudem aus Scham

und Unkenntnis ihre Ansprüche nicht. Häufig aber auch aus Furcht, dass bei der Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen ihre Angehörigen zur Kasse gebeten werden.

Selbst wer heute 35 Jahre in die Rentenkasse einzahlt und ca. 2.500 Euro brutto verdient, wird zukünftig gerade mal eine Rente auf Grundsicherungsniveau erreichen. In Berlin ist zudem die Zahl derjenigen Menschen, die weniger als zehn Euro brutto die Stunde verdienen besonders hoch. Altersarmut ist somit vorprogrammiert.

Um dies zu verhindern, hat unsere Fraktion DIE LINKE im Bundestag ihre rentenpolitischen Grundsätze vorgestellt. Im Mittelpunkt stehen die Herstellung eines lebensstandardsichernden Rentenniveaus, die Einführung einer solidarischen Rentenversicherung, die Stärkung des Solidarausgleichs, die Einführung einer solidarischen Mindestrente und ihre gerechte Finanzierung. Wir wollen, dass das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent angehoben wird und dass alle Erwerbstätigen, Erziehenden, Pflegenden, Erwerbslosen in die gesetzliche solidarische Rentenversi-

Linksfraktion in der BVV Pankow

Bezirksamt
Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109
Tel.: (030) 4 20 22 08 73
kontakt@linksfraktion-pankow.de

DIE LINKE.
Bezirksverband Pankow

Kopenhagener Str. 76, 10437 Berlin
Tel.: 030 440 17 780
Fax: 030 440 17 781
bezirk@die-linke-pankow.de

Schwerpunktthema

> Kleingärten sichern

... weiter auf Seite 2 und 3

> Stille Straße

... weiter auf Seite 3

Aus unserer Fraktion

> Gleim 52 bleibt

... weiter auf Seite 4

> Mauerpark

... weiter auf Seite 5

cherung einbezogen werden. Wir sind für die Einführung einer solidarischen Mindestrente, die garantiert, dass kein Mensch im Alter unter der Armutsgrenze leben muss. Und wir wollen, dass die Rentenungerechtigkeit zwischen Ost und West endlich beendet wird. An der solidarischen Finanzierung müssen alle, auch die Arbeitgeber, gleichermaßen beteiligt werden. Denn die wirksame Bekämpfung von Altersarmut ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Stefan Liebich
Bundestagsabgeordneter

› Pankower Anger

In einem Antrag hat die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) das Bezirksamt ersucht, sich bei der Gestaltung der Südseite des Pankower Angers für einen Abschluss einer Vereinbarung zur Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs und eine frühzeitige Einbeziehung der Anwohner einzusetzen sowie bei der Eigentümergesellschaft für eine Zwischennutzung zu werben.

› Parkuhren

Die von der BVV zum 1. Januar 2013 beschlossene Parkraumbewirtschaftung in den Wohngebieten Arnimplatz, Humannplatz und Bötzowviertel wird verschoben und soll erst zum 1. April 2013 erfolgen.

› Kleingärten

Die Linksfraktion hatte in der 9. Tagung der BVV eine aktuelle Stunde zum Thema „Mehr rechtliche Sicherheit für die Kleingartenanlagen in Pankow“ beantragt. Die Möglichkeit, sich gemeinsam zu verbindlichen Handlungsschritten zu verabreden, wurde von den anderen Fraktionen jedoch ausgeschlagen.

› Thälmann-Park

Piraten und Linke beantragen, in einem transparenten Verfahren die Vertreter der Künstler und Nutzer für den zu gründenden Beirat zur Begleitung der Übergabe des Kulturstandortes Thälmann-Park an die Gesellschaft für Stadtentwicklung (GSE gGmbH) zu bestimmen. Im Frühjahr hatte die BVV festgelegt, dass hierzu ein Beirat unter Leitung des Bezirksamtes sowie unter Einbeziehung der BVV, Künstler und Nutzer gebildet wird.

Einladung BVV-Sitzung

am 7. November 2012

› 10. Tagung der BVV Pankow
um 17.30 Uhr wie immer im
BVV-Saal in der Fröbelstraße 17



Kirschbäume statt Betonträume – Protest in der Kleingartenanlage Famos

Famose Schuldzuweisung

Famos, abgeleitet von famosus, das aus dem Latein stammende Wort bedeutet nicht nur prächtig oder großartig, sondern eben auch viel besprochen. Auch dieses Mal wurde wieder viel über die Kleingartenanlage gesprochen. In der 9. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow ging es leider weder um die Gegenwart noch um die Zukunft der prächtigen und großartigen Kleingartenanlage. Stattdessen wurde die Stimme von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU erhoben: „Wer ist schuld! Nieder mit dem Schuldigen!“ Während Die Piraten die Gelegenheit beim Schopfe packten und nach ihrem Allheilmittel die „allumfassende“ Transparenz riefen.

Unser ehemaliger Bezirksstadtrat der LINKEN, Dr. Michail Nelken, räumte zum wiederholten Male den Fehler ein, damals einen Bau-Vorbescheid erteilt zu haben. Was aber von den anderen Fraktionen willentlich unbeachtet bleibt, ist, dass der heute zuständige Stadtrat Jens-Holger Kirchner (Bündnis 90/Die Grünen) den endgültigen Baubescheid erteilte.

Während DIE LINKE, federführend durch Dr. Michail Nelken, zahlreiche Anträge für eine zukünftige Erhaltung und Erweiterung der Kleingartenanlagen stellte und sich vor Ort für die Be-

lange der Kleingartenanlage einsetzt, beschäftigen sich die anderen Parteien der BVV vornehmlich mit Schuldzuweisungen.

Wobei Schuld mit Verantwortung verwechselt wird. Schuld, wenn sie nicht religiös betrachtet wird, entsteht durch die willentliche Verletzung anderer Interessen. Selbstverständlich ist es wichtig zu erkennen, wer die Verantwortung trägt. Aber Verantwortung setzt Handlungsfreiheit voraus, d.h. die Freiheit zu haben, auch tatsächlich anders handeln zu können.

Ob der Grund für dieses Ablenkungsmanöver nun ein alltägliches Politiker-Bashing (öffentliche Beschimpfung), ein Mangel an Lösungsvorschlägen oder eine Ablenkung von der eigenen Unzulänglichkeit ist, mag jedem selbst überlassen bleiben.

Es ist jedenfalls weder hilfreich für die Kleingartenanlage Famos noch zukunftsweisend für Pankow, sich mit Schuld zu beschäftigen, während Problemlösungen auf der Strecke bleiben. DIE LINKE Pankow hat Wichtigeres zu tun, anstatt sich mit Politiker Bashing und Schuldzuweisungen von der Arbeit abhalten zu lassen. Sie setzt sich mit Lösungsmöglichkeiten auseinander.

Jasmin Gijama
Bezirksverordnete

Stille Straße:

> **Cash, aber im Voraus**

Als Entgegenkommen wollte Cornelius Bechtler (Grüne), Vorsitzender des Haushaltsausschusses der BVV, die Verlegung des Versammlungsortes hinter den Antonplatz verstanden wissen. Nicht ganz so mögen es die Seniorinnen und Senioren empfunden haben, die aus der Stillen Straße nun auch noch in die Musikschule nach Weißensee fahren, um die Beratungen des Ausschusses für Immobilien und Finanzen zum Ausgang einer „Interessenabfrage“ zu verfolgen.



Protesttransparent in der Stillen Straße 10

Ein aufschiebendes Verfahren hatte die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow im August beschlossen: das Bezirksamt erst bei gemeinnützigen Trägern abfragen zu lassen, welche finanziellen und konzeptionellen Überlegungen sie zu einer Übernahme der kommunalen Seniorenfreizeitstätte haben könnten. Der Antrag der Linksfraktion, wenigstens die ehrenamtliche Aufrechterhaltung der Angebote in der Stillen Straße zwischenzeitlich zu ermöglichen, wurde dabei abgewiesen.

Seit mehr als 100 Tagen halten Seniorinnen und Senioren die Stille Straße 10 besetzt und setzen in freiwilliger, ehrenamtlicher Arbeit die Angebote der bezirklichen Seniorenfreizeitstätte fort. Dessen ungeachtet halten SPD, Grüne und Piraten an einer Schließung fest. Nur unwillig erfolgte die Behandlung des Antrags der LINKEN vom April diesen Jahres, die Immobilie

nicht aufzugeben, sondern mit einer Übertragung der Einrichtung an einen Freien Träger den Fortbestand der Einrichtung zu ermöglichen. Erst die Besetzung und die breite, bald nationale und internationale Aufmerksamkeit und Solidarität mit den rüstigen Hausbesetzerinnen und -besetzern, setzte die BVV in Zugzwang.

Nun kam, nicht überraschend, das Bezirksamt zur Erkenntnis, dass es die Bereitschaft der Volkssolidarität zur Weiterführung der Angebote und Übernahme des Hauses in Erbpacht gibt. Allseits war deshalb die Entscheidung im Haushaltsausschuss erwartet, ob mit der Volkssolidarität Verhandlungen aufgenommen werden und – weit wichtiger – die Besetzung der Stillen Straße damit ein glückliches Ende finden kann. Doch weit gefehlt. In heftiger Debatte wurde das Angebot der Volkssolidarität von SPD, Grünen und Piraten kurz und klein geredet. Unverhohlen verschafften sie ihrem Ärger Luft, den Verkauf der Stillen Straße nicht unwidersprochen durchzuzocken zu können. Die Entscheidung wurde wieder vertagt. Im Oktober soll der Ausschuss erneut beraten. Ob es dann einen Verhandlungsauftrag geben wird, ist mehr als ungewiss.

Aber die Seniorinnen und Senioren lassen nicht locker. Locker lassen wollte auch die Sozialstadträtin Zürn-Kasztantowicz (SPD) nicht, die Heizung der Stillen Straße soll kalt bleiben. Kein Erbarmen mit der Gesundheit der Alten. Inzwischen hat sie sich wohl erweichen lassen, knöpfte aber den Seniorinnen und Senioren erst 500 Euro in bar ab, als »Vorkasse« auf die erwartete Gas-Rechnung. Und das für die (noch) bezirkseigene Senioreneinrichtung.

Michael van der Meer
Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion in der BVV Pankow



Widerstand gegen die Bebauung der KGA Famos mit 70 Eigentumswohnungen

Kleingärten sichern

Die seit Jahren geführten Auseinandersetzungen um die Kleingartenanlage Famos (KGA) gipfelten im Juni mit der Erteilung der Baugenehmigung durch das Bezirksamt. Diese nun genehmigte Vernichtung von 5.000 qm Grünfläche beeinflusste wenige Tage später auch die Verhandlungen vor dem Landgericht im Prozess des Bezirksverbandes der Kleingärtner gegen die Deutsche Bahn. Das Gericht verlangte vom Bezirksverband der Gartenfreunde Pankow, einen Nachweis zu erbringen, dass am 4. Oktober 2009 Famos eine Anlage nach dem Bundeskleingartengesetz war. Dem Bezirksverband drohten Schadensersatzforderungen und ein Räumungsurteil. Um dies abzuwenden, schloss der Bezirksverband daraufhin einen Vergleich ab.

Der Antrag der Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) „B-Plan-Verfahren XIX-61 zur Sicherung der KGA Famos festsetzen“ zielt auf eine Klärung der planungsrechtlichen Situation für die restlichen 55 Parzellen der KGA Famos. In einem weiteren Antrag fordert DIE LINKE, dass im südwestlichen Bereich der KGA zehn neue Kleingartenparzellen geschaffen werden sollen. Dies geht nur in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Für die Sicherung aller Kleingartenanlagen im Bezirk soll das Bezirksamt einen Entwurf eines Durchführungsplans erstellen. Hier wird als erster Schritt eine Prioritätenliste erstellt und es soll geprüft werden, wo die Erstellung von Bebauungsplänen zum Schutz der Anlagen im ungeplanten Innenbereich sinnvoll ist.

Katrin Maillefert
Bezirksverordnete

Mieterkampf:

> Gleim 52 bleibt

Kaum eine Tagung des Stadtentwicklungsausschusses in diesem Jahr, ohne dass die LINKE den Mieterkampf in der Gleimstraße 52 unterstützte. Die Auseinandersetzungen um das Haus eskalierten. Ein gezielter Brandanschlag gegen den Sprecher der Mieter hatte Gesundheit der Mieter des Hauses und der beiden Nachbarhäuser akut gefährdet. Der Hauseigentümer bzw. seine Beauftragten versuchen, die verbliebenen Mieter mit finanziellen Abfindungen oder mit Schikanen aus dem Haus zu verdrängen. Die Wechselsprechanlage und das Treppenlicht funktionieren nicht. Die Verkleidungen der Kabelschächte in den Hausfluren sind entfernt worden, so dass eine Störung der Elektroversorgung riskiert wird. Gasaußenwandheizungen zweier bewohnter Wohnungen wurden zerstört.

Das alles geschieht, obgleich das Haus in einem Milieuschutzge-



„Wir bleiben Alle!“ am 22. September 2012

biet liegt. Bezirksstadtrat Kirchner (Grüne) hat mit dem Eigentümer einen Vertrag zur sozial verträglichen Durchführung der Modernisierung abgeschlossen. Auf dieser Basis hat er die erhaltungsrechtliche Genehmigung für ansonsten im Milieuschutzgebiet nicht genehmigungsfähige Aufwertungsmaßnahmen unter dem Vorbehalt erteilt, dass die Mieter, soweit ihre Wohnungen betroffen sind, zustimmen müssen. Damit sind die Mieter ohne jede Deckung durch das

Amt zum zentralen Profithindernis geworden. Das Bezirksamt nimmt es hin, dass der Vertragspartner bzw. seine Beauftragten die Buchstaben und Geist des Vertrages missachten.

Es gibt auch schöne Nachrichten aus der Gleim 52. Eine Mieterin hat nach der Teilnahme an der Krachdemo „Wir bleiben Alle“ Ende September ein Kind zur Welt gebracht. Die Gleim 52 bleibt und wird mehr.

Michail Nelken
Bezirksverordneter

Rechter Lifestyle:

> Thor Steinar entsorgt

„Thor Steinar fachgerecht entsorgen“ steht groß auf dem Altkleidercontainer. Zwei Container mit ihren bunt bemalten Außenhüllen stehen seit Ende September auf dem Antonplatz. Ganz in der Nähe des Kleidungsgeschäfts „Tønsberg“ in der Berliner Allee 11.

„Tønsberg“ verkauft die Marke Thor Steinar, eine der beliebtesten Bekleidungsmarken in der rechtsextremen Szene. Zahlreiche Kleidungsstücke verherrlichen Gewalt, nehmen Bezug auf rassistische Kolonialgeschichte und bedienen sich rechtsextremer Symbolwelten.

Deshalb hat die Initiative „Weissensee gegen rechts“ gemeinsam mit dem Bezirksbürgermeister die Container aufgestellt. Damit wird deutlich, „... wohin rechtsextremer Lifestyle gehört: in die Altkleidersammlung!“, so [moskitto] Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt. Die Initiative hat weitere Aktionen angekündigt.

Zudem erarbeitet das Bezirksamt eine Hausordnung, die rechtssicher das Tragen von Bekleidung mit Er-



Altkleidercontainer auf dem Antonplatz

kennungsmerkmalen der neonazistischen Szene in der BVV untersagen soll. Solch ein Verbot ist bereits in zahlreichen Fußballstadien oder im Deutschen Bundestag schon der Fall.

Sandra Brunner

Mauerpark

> **Betonisten**

Letztlich kam es, wie es wohl kommen musste. Selbst die lang anhaltendste, stärkste, lauteste und kreativste Bürgerbeteiligung, die es in Mitte je gab, konnte nicht verhindern, dass eine Mehrheit der Verordneten in Mitte in einer Sondersitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 13. September „Nächste Schritte für den Mauerpark“ beschloss.

Bürgerinnen und Bürger konnten zunächst friedlich protestierend eine Sitzung der BVV verhindern, eine Entscheidung verschieben und eine Sondersitzung erzwingen. Doch SPD und CDU waren sich einig über die Bebauung der nördlichen Erweiterungsfläche des Mauerparks. Waren sich einig darin, den österreichischen Grundstücksspekulanten CA Immo eine Vervielfachung des Wertes eines an sich wertlosen Grundstückes zu Lasten einer Fläche zu bescheren, die laut Flächennutzungsplan grün bleiben sollte,



Erste Frühlingssonne - Mauerpark für alle

nun massiv bebaut werden kann und so dem Mauerpark nicht zu Gute kommt.

Der Protest der Grünen dagegen ist ein Höchstmaß an Opportunismus. Bündnis 90/Die Grünen in Mitte waren die Ideengeber und Wegbereiter für diese Entscheidung. Und sie hatten es zum Schluss sogar in der Hand, den Bebauungsbeschluss der BVV Mitte zu verhindern. Doch fünf fehlende grüne Bezirksverordnete garantierten den

Betonisten eine knappe, aber ausreichende Mehrheit. Eine fatale Entscheidung! Es bleibt abzuwarten, wie die Bürgerinnen und Bürger damit umgehen. Resignation wäre eine schlechte Konsequenz.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, gebt uns eine gemeinsame Chance zum Weiterkämpfen.

Sven Diedrich
Linksfraktion BVV Mitte

Personalabbau:

> **Senat will weitere 1.400 Stellen in den Bezirken streichen**

Die Personalsituation stellt die Bezirksämter und ihre Beschäftigten vor heftige Probleme. 2018 sind in Pankow 30 Prozent der derzeit Beschäftigten nicht mehr dabei. Schon jetzt wird der Fachkräftemangel spürbar, die Arbeitsbelastung steigt und die Zahl der Langzeiterkrankten auch.

Für den aktuellen Haushalt des Landes Berlin hat deshalb die Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus für 2012 30 Millionen Euro und 2013 42 Millionen Euro mehr für die Personalausgaben der Bezirke gefordert, damit u.a. auch Neueinstellungen möglich werden.

Pankow hat in den vergangenen Jahren massiv Personal abgebaut und

muss nun nicht mehr so viel Personal abbauen wie andere Bezirke. Der Berliner Senat plant die Streichung von insgesamt 1.450 Stellen. So soll zum Beispiel der Bezirk Treptow-Köpenick über 300 Stellen abbauen.

Wenn der Senat nicht umsteuert, wird der Öffentliche Dienst seine dringend notwendige Leistungsfähigkeit verlieren. Neue Beschäftigte werden sich dann noch schwerer gewinnen lassen, weil Fachkräfte wie zum Beispiel ErzieherInnen überall knapp werden.

Deshalb müssen zwei Dinge sofort passieren: Das Land Berlin braucht ein modernes Personalentwicklungskonzept. Es bedarf sofort Neueinstellungen und die „Neuen“ müssen gerade



Abgeordnetenhaus von Berlin

in den bürgernahen Diensten mit den jetzt hoch belasteten Beschäftigten zusammen arbeiten.

Die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus hat ihre Anforderungen an ein Personalentwicklungskonzept vorgestellt und wird es mit allen Akteuren weiterentwickeln.

Carola Bluhm
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Rekommunalisierung der Energienetze:

> Vorsicht, Mogelpackung!

Ende September kündigten SPD und CDU die Übernahme von 51 Prozent der Anteile am Berliner Stromnetz an. Auf den ersten Blick scheint es, als hätten sie endlich verstanden. Auf den zweiten Blick jedoch wird deutlich, dass insbesondere die Berliner SPD nach wie vor nicht kapiert hat, worum es bei der Rekommunalisierung der Energienetze geht. Sonst blieben entscheidende Fragen nicht unbeantwortet. Beispielsweise, mit wem, wenn schon nicht vollständig kommunal, das Stromnetz betrieben werden soll. Ginge es nur darum, damit Geld zu verdienen, wäre es egal, wen man sich dazu ins Boot holt. Wollen wir aber, dass künftig viele dezentral organisierte, regenerative Energieerzeuger ihren Strom ins Netz einspeisen können, dann ist die Beteiligung eines marktdominierenden Energiekonzerns kontraproduktiv. Noch dazu, wenn er wie Vattenfall den größten Teil seiner Energie aus fossilen Brennstoffen und Atomkraft gewinnt. Wer den Sumpf trocken legen will, macht sich nicht die Frösche zum Partner.



Mit beredtem Schweigen beantwortet die Koalition auch die Frage nach einem kommunalen Stadtwerk. Seit dem Amtsantritt von Rot-Schwarz scheint das einst von der LINKEN initiierte Projekt auf Eis zu liegen. Wir werden uns daher mit dem Berliner Energietisch erneut auf eine große Unterschriften-sammelaktion im kommenden Frühjahr vorbereiten. Ohne Druck von der Straße ist nur eine Mogelpackung, aber keine Veränderung zu erwarten. DIE LINKE will kommunale Energie für alle, ökologisch und bezahlbar!
Klaus Lederer
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Mietenbündnis mit städtischen Wohnungsunternehmen:

> Falsche Signale und mehr Fragen als Antworten

Das Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften war Anfang September endlich unter

Wohnungssuchenden, deren Einkommen zu niedrig ist für die angebotenen Wohnungen? Viele Fragen und keine überzeugenden Antworten. Die städ-



Noch freie Wohnungen in der Karower Chaussee in Buch?

Dach und Fach. Der von Stadtentwicklungssenator Müller (SPD) verhängte Mieten-Stopp ist damit aufgehoben und bald flattern den Mietern zehntausende Mieterhöhungsschreiben ins Haus. Zwar werden Erhöhungen auf maximal 15 Prozent in vier Jahren statt den gesetzlich zulässigen 20 Prozent in drei Jahren begrenzt. Allerdings gehören dem Land Berlin nur 15 Prozent des Wohnungsbestandes.

Das größte Problem sind aus Sicht der Linksfraktion neben den Mieterhöhungen die vereinbarten Mietobergrenzen. Die gewählte Höhe von 30 Prozent des Haushaltseinkommens für die Nettokaltmiete ist überzogen. Derzeit liegt die durchschnittliche Belastung durch die Nettokaltmiete in Berlin bei 22 Prozent. Warum also 30 Prozent? Gelten sollen die Grenzen nur für Menschen mit niedrigem Einkommen (WBS), für Mieterhöhungen und Neuvermietungen. Was ist, wenn die Bestandsmieten bereits darüber liegen? Wie kann der Anspruch durchgesetzt werden? Was ist mit

tischen Unternehmen erhalten keine gesonderte finanzielle Unterstützung für die in dem Bündnis eingegangenen Verpflichtungen. Auch hier zeigt sich die Schwäche der Vereinbarung. Der Ansatz für das Mietenbündnis ist trotz aller Kritik im Einzelnen richtig. Für die übrigen 85 Prozent der Berliner Wohnungen gelten die Vereinbarungen des Bündnisses allerdings nicht.

Zum Zweckentfremdungsverbot fehlt ein Senatsentwurf. Zu dem von der LINKEN beantragten Genehmigungsvorbehalt bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Milieuschutzgebieten hat sich die schwarz-rote Koalition nicht positioniert. Mittel für eine neue soziale Wohnraumförderung hat die Koalition abgelehnt. Gegen die sozial untragbaren Mietsteigerungen in „alten“ Sozialwohnungen privater Eigentümer hat der Senat bisher nichts unternommen. Wir werden weiter Druck machen, damit Berlin lebenswert bleibt.

Katrin Lompscher
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Wir ziehen um

> Neue Bezirksgeschäftsstelle ab 2013

Ab 1. Januar 2013 eröffnet in der Weddinger Fennstraße 2 die erste Regionalgeschäftsstelle der Berliner LINKEN. Hauptnutzer sind DIE LINKE Reinickendorf und Pankow, die sich quasi in der Mitte treffen. Dafür werden wir uns von unseren jetzigen Bezirksgeschäftsstellen trennen.

Dieser Schritt folgt der Beitragsentwicklung. Die Infrastrukturkosten müssen den sinkenden Einnahmen angepasst werden, um ausreichend Mittel für die politische Arbeit freizuhalten. So führt das Zusammengehen der beiden Bezirke zu Einsparungen von jährlich 30.000 Euro.

Auf der anderen Seite folgt dieser Schritt auch aus der Einsicht, dass die

Nutzung von Geschäftsstellen in den Großbezirken nicht mehr mit jener in den kleinen Altbezirken vergleichbar ist. Parteileben findet heute überwiegend dezentral und nicht in den Geschäftsstellen statt. Sie sollen aber folgende Funktionen erfüllen: Kontaktstelle für politisch interessierte Bürger/innen, Bereitstellung von Informationsmaterial, „Schaufenster“ der LINKEN im Stadtbild, Mitgliederbetreuung, organisatorische Arbeit für die Bezirksverbände und Versammlungsstätte für kleinere Beratungen.

Hierfür eignen sich sechs Regionalgeschäftsstellen, verteilt an Schnittstellen des Berliner S-Bahnringes am Besten. In der Gegend um den Gesundbrunnen fanden wir leider kein geeignetes Objekt.



Noch Casino, aber bald LINKEN-Treffpunkt

Aber auch die Fennstraße liegt günstig: zwei Fußminuten von S Wedding, 15 Busminuten vom S Pankow mit dem M27 oder genau zwischen den U6-Bahnhöfen Wedding und Reinickendorfer Straße.

Wir begeben uns ins Weddinger Getümmel und selbstverständlich können auch die Weddinger LINKEN die neuen Räume mit beleben. Für Basistage mieten wir uns künftig in Pankow ein.

Sören Benn
Bezirksvorsitzender

★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

20. Oktober • 14 Uhr „Jüdisches Leben im Scheunenviertel, Exkursion, Helle Panke, Rosenthaler Platz/ Ecke Torstraße

22. Oktober • 18 Uhr Basistag „Antikommunistische Affekte. Linke Politik im Spannungsfeld konservativer Hegemonie. Gestern und Heute.“, Zu Gast: Prof. Dr. Wipermann, in der Bezirksgeschäftsstelle

29. Oktober • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

30. Oktober • 10 Uhr „Zwischen vertuschter Kontinuität und zaghaftem Bruch“ - Zum Umgang mit NS-Vergangenheit in Ministerien und Institutionen des Bundes, Helle Panke, Seniorenklub im Karl-Liebnecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28

31. Oktober • 19 Uhr „Mythos Antifaschismus - Die DDR und ihr ‚verordnetes‘ Erbe“, Vortrag/Diskussion

Rosa-Luxemburg-Stiftung, im Zentrum für Demokratie, Michael-Brückner-Straße 1 in 12439 Berlin

19.30 Uhr • Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

5. November • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

8. November • 19 Uhr „Sein und Bewusstsein im digitalen Kapitalismus“, Podiumsdiskussion mit Saha Wagenknecht (DIE LINKE) und Marina Weisband (PIRATEN) im ehemaligen Kino Delphi, Brotfabrik, am Caligariplatz / Prenzlauer Promenade 3

12. November • 18 Uhr Basistag zur Entwicklung von Wahlkampfaktivitäten, Achtung: diesmal im Karl-Liebnecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28

14. November • 19.30 Uhr Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

23. Oktober **20 Uhr „Brot, Pop & Politik“**



Merkels Lebensversicherung oder politisches Reformbündnis?

Katja Kipping, Bernd Riexinger (Bundesvorsitzende DIE LINKE) sowie Matthias Höhn (Bundesgeschäftsführer DIE LINKE) im Gespräch mit Stefan Liebich (Bundestagsabgeordneter Pankow) über Möglichkeiten und Grenzen rot-rot-grüner Zusammenarbeit, Brotfabrik Weißensee, Caligariplatz/Prenzlauer Promenade



Linke Offerte

Wolfgang hatte Geburtstag und lud uns, Manfred, Kurt und mich zum Stammtisch in den Eisernen Gustav ein. „Heute ist alles frei, mit 60 will ich meine Freunde verwöhnen“, eröffnete er die nicht ganz ernste Beratung. Noch vor der Bestellung, denn die Wirtin hatte noch nicht richtig ausgeschlafen, platzte er mit der Information in die Runde: „DIE LINKE hat der SPD ein Angebot unterbreitet. Wollen wir wirklich mit Steinbrück und Gabriel zusammenwirken?“ Die Wirtin brachte das Übliche - Bier, Korn und verwies auf eine wohlschmeckende Wurst. Also auch noch eine Knacker. „Na, dann Prost“, der Spruch unseres Geburtstagskindes. Der erste Korn brannte im Magen.

Manfred: „Diese ‚Rechtlastigen‘ werden doch mit uns keine Regierungs-

verantwortung übernehmen! Lieber stürmen sie in die große Koalition mit der Merkel.“ „Na ganz so negativ sehe ich das nicht“, warf ich ein. „Das Angebot richtet sich an die SPD und nicht zuerst an Gabriel. Unsere Zeit verlangt nach anderen Wegen. Die CDU fährt doch ganz Deutschland an die Wand.“

„Ändern muss sich etwas“, so Wolfgang's Meinung. „Die Linken haben in den dreißiger Jahren der SPD Angebote zur Bildung einer Volksfront unterbreitet, um die Machtübernahme durch die Faschisten zu verhindern“, so Manfred. „Aber selbst in der Zeit haben sie gekniffen.“ Meine Ergänzung: „Es folgte ein fürchterlicher Krieg. Unsere Zeit wird bestimmt durch eine schwere Krise. Wir haben das Angebot unterbreitet und bringen die SPD jetzt und auch nach der Wahl in Zugzwang.“ Na, dann Prost!

Klaus Flemming

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow
Kopenhagener Str. 76, 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 / Fax 44017781

www.die-linke-pankow.de
redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Katina Schubert

Redaktionsschluß: 4. Oktober 2012
Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin
Auflage: 6.000

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 16. November 2012.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Thomas Barthel, Thomas Goetzke, Katina Schubert, Sandra Brunner

Die **extraDrei** braucht Spenden!

Empfänger: DIE LINKE Berlin

Konto-Nr.: 43 84 81 68 00

BLZ: 100 200 00

Verwendungszweck: 810-505

SUDOKU

mittel

Vitamine für's Gehirn

schwer

				4	2	7	1	
	2			7		3	9	
8			9				2	
		5						2
	7			6	8	4		9
9	4					8		7
4		9	6	8	3			5
		3			4			

	4	5			1			
7		3	4					
8					3	6		1
2	5		3	9	6			
			2	1	7		5	
	3	1		4	8	7	6	
1	9	2			4	5	7	
	7	4			5		1	6
5	6	8					9	

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.